

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Stadtrat	19.03.2024	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	17:00 - 19:13 Uhr

Öffentliche und nicht öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzender

Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.



Tagesordnung:**Öffentliche Sitzung:**

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Bad Dürkheim ab 1. Juli 2024
- 3 Spiel- und Freizeitflächenplanung
- 4 Lärmaktionsplanung
hier: Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
- 5 Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft"
- 6 Hochwasserschutz in der Stadt Bad Dürkheim - Regenrückhaltebecken Seebach (In der Dell)
hier: Antrag auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens
- 7 Limburg
hier: Förderung durch Bund und Land
- 8 Kommunalbeamtinnen und Kommunalbeamte auf Zeit
hier: Unterrichtung über Nebentätigkeiten im Jahr 2023
- 9 Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 2 GemO über die im Jahr 2023 mit Rats- und Ausschussmitgliedern, Ortsbeiratsmitgliedern sowie mit städtischen Bediensteten geschlossenen Verträge
- 10 Informationen
-Sachstandsbericht Therme
- 11 Anfragen

Anwesenheitsliste

Stadtrat
vom 19.03.2024

Bürgermeisterin:

Bauernschmitt, Natalie

Erste Beigeordnete:

Hagen, Judith

Beigeordnete:

Brust, Karl

Lang, Kurt entschuldigt

CDU-Fraktion:

Bart, Rolf

Brand, Thorsten

Darting, Helmut

Ester, Gerd

Hoffmann, Gisela

Kalbfuß, Thomas ohne TOP 12

Michler, Christine

Steiniger, Johannes entschuldigt

Wolf, Andreas

Wolf, Markus

SPD-Fraktion:

Bayer, Karlheinz

Brenzinger, Reinhard entschuldigt

Geis, Thomas entschuldigt

Kissel, Kerstin ab 17.12 Uhr

Lang, Ralf

Papistok, Jonny bis 18.36 Uhr

Stepp, Ina

Walther, Dieter

FWG-Fraktion:

Freunscht, Jürgen

Krauß, Uwe

Krick, Frank

Schmitt, Jochen

Strobel, Angela

FDP-Fraktion:

Dick-Walther, Petra entschuldigt

Eymael, Jan

Schubert, Walter bis 18.36 Uhr

Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE:

Bäuml, Horst
Giel, Thomas, Prof.
Heißler, Sibylle
Knipser, Laura
Spaeth, Elke

FRAKTIONSLOS:

Maleri, Monika ab 18.13 Uhr

Stadtwerke GmbH:

Kistenmacher, Peter, Dr. bis 18.24 Uhr

Verwaltungsmitarbeiter:

Petry, Dieter
Pletscher, Lars
Rosenthal, Jens Von 17.14 - 17.57 Uhr
Sokolowski-Kühn, Maik bis 17.12 Uhr

Schriftführerin:

Feigel, Stefanie

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

Tagesordnungspunkt 2:

Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Bad Dürkheim ab 1. Juli 2024
Vorlage: 2024/0039/1.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein und verweist auf die ausführliche Beratung in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 12.03.2024. Sie weist daraufhin, dass in § 2 Abs. 3 der letzte Satz nicht gestrichen werde.

Ratsmitglied Schmitt fragt nach, wieso man Auszubildende nicht von der Zweitwohnungssteuer befreie, die Ausbildungsbetriebe suchten dringend nach Leuten.

Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn verweist darauf, dass man sich an der Mustersatzung orientiert habe, die juristisch auf dem sichersten Stand sei. Wer hierher komme und eine Wohnung beziehe, könnte auch seinen Erstwohnsitz hier anmelden. Dies zu erreichen, sei auch das eigentliche Ziel, da es der Stadt mehr Einnahmen bringe als die Zweitwohnungssteuer.

Anmerkung: Ratsmitglied Kissel betritt den Sitzungssaal und nimmt am weiteren Verlauf der Sitzung teil.

Beschluss:

Die Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Bad Dürkheim ab 1. Juli 2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 3:

Spiel- und Freizeitflächenplanung

Vorlage: 2023/0219/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt verweist auf die Sitzungsvorlage und die Vorberatungen im Bau- und Entwicklungs- und Sozial- und Sportausschuss.

Sie stellt die Planung des Hybrid-Spielplatzes der Kita Hardenburg und Kaiserslauterer Straße an Hand einer Beamer-Präsentation vor. Sie stellt dar, dass nach der Schließung der Kindertagesstätte der Spielplatz auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehe.

Anmerkung: Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Die Ratsmitglieder Brand und Krick loben die Spielplatzplanung. Ratsmitglied Krick schlägt vor, die Seilrutsche nicht ganz zu entfernen.

Erste Beigeordnete Hagen teilt mit, die Seilrutsche durchschneide das gesamte Gelände. Man prüfe aber, ob die Seilrutsche an der Seilerbahn aufgestellt werden könne.

Ratsmitglied Eymael findet die Planung sehr gut und schlägt vor, auch öffentlich wirksam die Bürgerinnen und Bürger über das Amtsblatt zu informieren.

Er regt an, zukünftig die finanziellen Auswirkungen in der Beschlussvorlage aufzuführen.

Ratsmitglied Lang begrüßt die Planung fragt aber, warum Leistadt nicht dabei ist.

Erste Beigeordnete Hagen erläutert, dass eine Vielzahl von Projekten anstehen würde. Im Sozial- und Sportausschuss habe man daher eine Auswahl getroffen, welche Projekte als nächstes umgesetzt werden. Man werde jedes Jahr im Ausschuss festlegen, welche Projekte in den nächsten beiden Jahren umgesetzt werden sollen.

Ratsmitglied Markus Wolf erinnert, dass die Entwicklung des Konzeptes viel Zeit in Anspruch genommen habe. Jetzt müsse man auch in der Umsetzung konsequent bei der Prioritätenliste bleiben.

Ratsmitglied Knipser entgegnet, dass die Umsetzung nicht erst jetzt starte, mit dem Spielplatz in der Waldgasse sei bereits begonnen worden. Sie stehe hinter der Priorisierung, auch wenn eine solche Liste immer schwierig sei. Die Trift und die Spiellinie sollten mit nach vorne genommen werden, weil hier oftmals keine privaten Gärten für die Kinder zur Verfügung stünden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Spiel- und Freizeitflächenplan, sowie die in der Sachdarstellung genannten Priorisierungen der Projekte für die Jahre 2024 und 2025.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 4:

Lärmaktionsplanung

hier: Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Vorlage: 2024/0049/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt verweist auf die ausführliche Vorberatung in der Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschusses vom 19.03.2024.

Beschluss:

Im Rahmen der Beteiligung des Landesamts für Umwelt Rheinland-Pfalz gemäß § 47d Bundes-Immissionsschutzgesetz über die Aufstellung des rheinland-pfälzischen Lärmaktionsplans, werden im Rahmen der 2. Öffentlichkeitsbeteiligung keine Hinweise und Anregungen vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 5:

Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft"

Vorlage: 2024/0059/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert darüber, dass Leistadt an dem diesjährigen Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ teilnehmen möchte. Hierfür sei formal ein Beschluss des Stadtrates notwendig.

Beschluss:

Der Ortsteil Leistadt nimmt an dem Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ 2024/2025 teil.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 6:

Hochwasserschutz in der Stadt Bad Dürkheim - Regenrückhaltebecken Seebach (In der Dell)

hier: Antrag auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens

Vorlage: 2024/0041/2.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt blickt zurück. Nach über 40 Jahren sei man nun bei dem Projekt vorangekommen. Sie berichtet über die Beratungen in Sitzungen des Bau- und Entwicklungsausschusses, des Werksausschusses und des Ortsbeirates Seebach.

Ratsmitglied Spaeth beantragt, den letzten Satz des Beschlussvorschlages um die Worte „sind jedoch möglich“ zu erweitern

Ratsmitglied Darting ist der Auffassung, dass aufgrund der vielen Grundstücke so geplant werden kann, dass keine Enteignung notwendig werde.

Ratsmitglied Bäuml entgegnet, man habe bei der Hochwasserschutzmaßnahme im Erpolzheimer Bruch die Erfahrung gemacht, dass trotz jahrelanger Versuche Enteignungen nötig werden. Deswegen sollte man eine klare Sprache sprechen. Ratsmitglied Knipser ergänzt, man habe den Wunsch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern den Beschluss ehrlich zu formulieren.

Ratsmitglied Schmitt kann sich der Beschlussergänzung anschließen.

Ratsmitglied Schubert hält keine Beschlussergänzung für nötig, Eigentum sei geschützt. Er sei froh, dass jetzt der Start für ein Planfeststellungsverfahren gekommen sei, bereits 2006 seien die Mittel für das Projekt im Wirtschaftsplan aufgenommen worden.

Ratsmitglied Markus Wolf schließt sich seinem Vorredner an, man sei so weit wie noch nie. Er sei überzeugt, man brauche dieses Becken, idealerweise im Einvernehmen mit allen Grundstückseigentümern. Man sollte alles versuchen, ohne Enteignung weiter zu kommen. Daher sei eine Beschlussergänzung nicht notwendig.

Ratsmitglied Lang könnte die Beschlussergänzung akzeptieren. Er macht aber deutlich, dass es um die Sache gehe. Das Regenrückhaltebecken müsse gebaut werden. Auch der Ortsbeirat Seebach habe sich klar dazu bekannt.

Ratsmitglied Giel macht deutlich, dass die Sache nicht zur Debatte stehe, aber man müsse auch ehrlich sein, dass die letzte Möglichkeit die Enteignung sei.

Bürgermeisterin Bauernschmitt stellt den Antrag, den letzten Satz des Beschlussvorschlages um die Worte „sind jedoch möglich“ zu ergänzen zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 8 Ja 19 Nein 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Planung zur Errichtung des Regenrückhaltebeckens im Ortsteil Seebach wird zugestimmt. Der Antrag auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD-Süd) soll gestellt werden.

Die notwendigen Grundstücksankäufe sollen mit den privaten Eigentümern einvernehmlich erfolgen. Enteignungsmaßnahmen sollen dagegen grundsätzlich verhindert werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 7:

Limburg

hier: Förderung durch Bund und Land

Vorlage: 2024/0067/2.2

Bürgermeisterin Bauernschmitt erinnert an die Vorberatung des Tagesordnungspunktes in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 12.03.2024. Sie führt aus, dass in der Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschusses am 07.12.2023 beschlossen worden sei, den Auftrag für die Planung des ersten Bauabschnitts in Auftrag zu geben, wenn die Bewilligungsbescheide vorliegen. Bisher lägen aber keiner Bewilligungsbescheide vor.

Fachbereichsleiter Petry informiert darüber, dass man mittlerweile die Auskunft vom Bund erhalten habe, dass der Bund die Maßnahme mit 50 % fördere, wenn die Finanzierung der übrigen 50 % gesichert sei. Es müsse daher keine Förderzusage des Landes vorliegen. Beim Land habe man keine zuständigen Mitarbeitenden erreichen können. Hier sei es aber so, dass die angekündigten 33 % an Förderung auf drei Jahre gestreckt werden: 80.000 € in diesem Jahr sowie 125.000 € in 2025 und 2026. In Kürze seien jedoch weder vom Bund noch vom Land Förderbescheide zu erwarten. Um in 2024 die Planung soweit voranzutreiben, damit der Zeitplan eingehalten werden könne, müsste jetzt der Auftrag für die Entwurfs- und Ausführungsplanung erteilt werden.

Ratsmitglied Eymael ist die Formulierung „...der Stadtrat ist zu informieren“ im Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage zu schwach. Aus seiner Sicht, müsse der Stadtrat darüber entscheiden.

Ratsmitglied Ester teilt mit, er könne dem Beschlussvorschlag zustimmen, weil der Bund signalisiert habe, mit 50 % zu fördern. Man sollte aber dem Land klar mitteilen, dass der Stadtrat der Auffassung sei, dass das Land mit seiner Zuschussverweigerung sich der Verantwortung entziehe.

Ratsmitglied Lang kann sich dem Beschlussvorschlag anschließen, macht aber deutlich, dass die Stadt Bad Dürkheim die Kosten für die Erhaltungsmaßnahmen der Limburg nicht stemmen könne.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung bei Land und Bund bezüglich der möglichen Zuschüsse nachzufragen und auf eine verbindliche Zusage zu drängen.

Vorab wird bereits die Entwurfs- und Ausführungsplanung an das Büro Kayser+Böttges in Höhe von 67.000,- Euro vergeben.

Vor weiteren Ausgaben oder Ausschreibungen ist die Zustimmung des Stadtrates einzuholen, wenn bis zu diesem Zeitpunkt keine Förderbescheide von Bund und Land in Höhe von mindestens 80 % vorliegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 8:

Kommunalbeamtinnen und Kommunalbeamte auf Zeit
hier: Unterrichtung über Nebentätigkeiten im Jahr 2023
Vorlage: 2024/0051/FB1

Beschluss:

Die vorgelegte Übersicht über Art und Umfang der innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämter des ehemaligen Bürgermeisters Christoph Glogger sowie über die Höhe der dadurch erzielten Vergütungen im Kalenderjahr 2023 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 9:

Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 2 GemO über die im Jahr 2023 mit Rats- und Ausschussmitgliedern, Ortsbeiratsmitgliedern sowie mit städtischen Bediensteten geschlossenen Verträge
Vorlage: 2024/0052/FB1

Bürgermeisterin Bauernschmitt weist auf einen Übertragungsfehler auf der Seite 1 der Zusammenstellung bei Ratsmitglied Kalbfuß hin. Hier wurden die Maßnahmen nicht nur nach freihändiger Vergabe beauftragt, sondern auch nach öffentlicher und beschränkter Ausschreibung. Daher seien die Buchstaben a und b zu ergänzen.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Unterrichtung über die im Jahre 2023 mit Rats- und Ausschussmitgliedern, Ortsbeiratsmitgliedern sowie mit städtischen Bediensteten geschlossenen Verträge zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 10:

Informationen

-Sachstandsbericht Therme

Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert darüber, dass man in der vergangenen Woche 400 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer in die Wahlvorstände für die Kommunal- und Europawahl berufen habe. Da man aber mit einigen Absagen rechne, werde man zusätzlich eine Kachel auf der Homepage anbringen und um Wahlhelferinnen und Wahlhelfer werben und über deren Aufgaben informieren.

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt mit, dass die Parkraumbewirtschaftung auf dem Wurstmarktplatz am 06.05.2024 starte. Derzeit stünden noch Bodenmarkierungsarbeiten und die neue Beschilderung aus, zudem müssten die Automaten noch programmiert werden.

Anmerkung: Ratsmitglied Maleri betritt den Sitzungssaal und nimmt am weiteren Verlauf der Sitzung teil.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher gibt einen Sachstandsbericht zur Therme an Hand einer Beamer-Präsentation.

Anmerkung: Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Tagesordnungspunkt 11:

Anfragen

Bürgermeisterin Bauernschmitt verliest eine vor der Sitzung schriftlich eingereichte Anfrage von Ratsmitglied Bäuml: „Es geht um die Beschlussvorlage 2022/0183/2.5 vom 19.07.2022: Der Durchführung von Enteignungsverfahren durch den Maßnahmenträger Gewässerzweckverband Isenach-Eckbach wird zugestimmt. Hierzu folgende Fragen:

1. Ist mittlerweile das letzte Grundstück, das für den Hochwasserschutz benötigt wird, in städtischer Hand?
2. Falls nein, wurde das Enteignungsverfahren durch den Gewässerzweckverband Isenach-Eckbach eingeleitet?
3. Bis wann wird dieses Verfahren abgeschlossen sein?“

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt mit, dass das letzte seitens des Gewässerzweckverbandes benötigte Grundstück noch nicht im Eigentum der Stadt sei. Das Enteignungsverfahren sei noch nicht eingeleitet worden, aber Vorbereitungen getroffen. Es sollen noch weitere Gespräche geführt werden.

Ratsmitglied Darting weist darauf hin, dass es sich noch um vier Grundstücke handele.

Ratsmitglied Strobel erinnert an die Beratung zur Katzenschutzverordnung in der letzten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses. Sie berichtet darüber, dass sie mehrfach darauf angesprochen worden sei und die Tierschutzorganisation äußerst ungehalten

über die Entscheidung seien. Sie fragt, ob vorher mit den Tierschutzorganisationen gesprochen wurde, dass der Ausschuss nur Informationen zum Sachstand zur Katzenschutzverordnung zur Kenntnis nehme.

Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert über mehrere Kommentare, die behaupteten, es sei beschlossen worden, keine Katzenschutzverordnung zu erlassen. Dies sei nicht zutreffend. Es sei zunächst um einen Sachstandsbericht und Beratung über das weitere Vorgehen gegangen. Man brauche eine ausreichende Datenlage, um eine rechtssichere Ausgestaltung zu gewährleisten. Man werde auf alle Tierschutzvereine zugehen und das Thema im 2. Halbjahr nochmals auf die Tagesordnung in den Gremien setzen.

Ratsmitglied Schmitt lobt bezugnehmend auf einen Rheinpfalz-Artikel „Luftfilter landen vor der Tür“, dass die städtischen Geräte auch heute noch in der Anwendung seien.

Er fragt nach dem Aus des Elektrolyseur-Projektes der Pfalzwerke GmbH im neuen Gewerbegebiet an, ob man proaktiv in die Werbung gehe, um andere Akteure zu gewinnen. Man habe die Pflicht an den Markt zu gehen. Man höre auch nichts mehr von Vulcan Energy.

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt mit, man habe im Bau- und Entwicklungsausschuss thematisiert, wie man mit dem Gewerbegebiet weiter umgehe. Man stehe nach wie vor im engen Kontakt mit Vulcan Energy, es fänden regelmäßig Gesprächstermine statt. Sobald neue Entwicklungen und Erkenntnisse vorliegen, werde es eine entsprechende Information im Bau- und Entwicklungsausschuss geben. Man könne in der nächsten Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschuss auch das Thema der Vermarktung ansprechen.

Fachbereichsleiter Petry ergänzt, man brauche ein Zielabweichungsverfahren für das Gelände der Pfalzwerke GmbH. Vorarbeiten wie Untersuchungen zu Geologie und Entwässerung laufen weiter. Man verliere keine Zeit.

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Bauernschmitt, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.36 Uhr.

Anmerkung: Die Ratsmitglieder Papistok und Schubert verlassen die Sitzung. Die Ratsmitglieder Knipser und Spaeth verlassen den Sitzungssaal.